

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1928

29 (3.2.1928)

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Feiertage.

Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch
den Briefträger und unsere Aus-
träger frei ins Haus
monatlich Goldmark 1.20
Der Bezugspreis ist im Voraus
zu entrichten.

In Fällen von höherer Gewalt
steht kein Anspruch auf Liefer-
ung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises.

Geschäftszeit 1/8 bis 5 Uhr
Sonntags geschlossen.

Verantwortlich-Inhaber Nr. 465

Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6903

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung **1839**
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Helteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt
Wöchentliche Beilagen: Neue Illustrierte • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- und Landwirtschaft

Anzeigen-Preis:
Anzeigen: Die 33 mm breite
Millimeter-Zeile 6 Goldsch.
Reklamen: Die 92 mm breite
Millimeter-Zeile 20 Goldsch.
Grundschrift im Anzeigen- und
Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifmäßiger
Rabatt, der bei Nichtzahlung
innerhalb 8 Tagen nach Abrech-
nungsdatum oder bei gerichtlicher
Betreibung erlischt.
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr
vormittags; größere Anzeigen
müssen am Tage vorher an-
gegeben werden.

Bank-Konto:
Vereinsbank Sinsheim
o. G. m. b. H.

Nr. 29.

Freitag, den 3. Februar 1928.

89. Jahrgang

Wieder auf totem Geleis.

Vorschläge zum Schulkompromiß von Zentrum und Volkspartei abgelehnt.

Berlin, 2. Febr. Die Verhandlungen über das Reichsschulgesetz, die schon während der letzten Tage in kleinen Kreisen der maßgebenden parlamentarischen Persönlichkeiten des Regierungsbüros stattfanden, haben heute hochaktuellen Charakter erhalten. Das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen sei vorweg genommen: sämtliche Verhandlungsvorschläge wurden teils vom Zentrum, teils von der Deutschen Volkspartei abgelehnt.

Der erste Verhandlungsvorschlag ist von deutschnationaler Seite, von Herrn von Reudell, ausgegangen; er sah vor, daß in der Hauptstreitfrage, der Neuordnung des Schulsystems in den Ländern mit Gemeinschaftsschulen, überhaupt keine Entscheidung des Reichstages erfolgen, sondern, daß sie der Landesgesetzgebung überlassen werden sollte. Dann hätte der preussische Landtag für das Gebiet von Nassau, Frankfurt a. M. und die Landtage von Hessen und Baden das Recht gehabt, über Fortbestand der Gemeinschaftsschule oder Einführung der Konfessionsschule in diesen Gebieten Beschluß zu fassen. In den Kreisen der Deutschen Volkspartei wurde vielfach dieser Vorschlag als das letzte Zugeständnis angesehen, das man dem Zentrum allenfalls machen kann. Das Zentrum selbst aber hat diesen deutschnationalen Vorschlag abgelehnt, weil es fürchtete, daß die zukünftigen Landtage mit einer Erziehung der Gemeinschaftsschule durch Schulen der einzelnen Konfessionen nicht einverstanden sein würden. Von Zentrumsseite sind statt dessen andere Vorschläge ausgearbeitet

worden; sie sahen vor, daß Zugeständnisse der einen oder der anderen Partei in der Frage der Gemeinschaftsschulländer ausgeglichen werden sollten durch Zugeständnisse hinsichtlich des Aufsichtrechtes der kirchlichen Organisationen über den Religionsunterricht oder hinsichtlich des Paragraphen 9, der den Begriff des geordneten Schulbetriebes behandelt und der die Möglichkeit, kleine Konfessionsschulen zu errichten, noch etwas einschränkt. Diese Vorschläge des Zentrums sind nun wieder von der Deutschen Volkspartei als unannehmbar bezeichnet worden, nachdem in den Mittagsstunden eine Ansprache zwischen den volksparteilichen Reichsministern Stresemann und Curtius, dem volksparteilichen Schulfachverständigen Dr. Kunkel und dem Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz stattgefunden hatten. Man ist im Augenblick ohne jeglichen Vermittlungsvorschlag der Reichsminister, und der Reichskanzler soll versuchen, weitere Vorschläge auszuarbeiten. Im Augenblick werden die Aussichten aber wieder sehr ungünstig beurteilt.

Um einen Bruch der Regierungskoalition zu vermeiden, soll sich nun das Reichskabinett als solches nochmals mit der ganzen Angelegenheit beschäftigen. Man will Mittel finden, um eine Auflösung des Reichstages vor der Erledigung des Etats zu vermeiden, möglichst aber bis in den Sommer zu verschieben. weil die Befürchtung besteht, daß wegen des Ablaufes der Tarifverträge Frühjahrswahlen unter sehr ungünstigen Verhältnissen stattfinden könnten.

England ist für Rheinlandräumung

Die „Times“ und „Westminster Gazette“ zur Stresemann-Rede.

London, 3. Febr. Nach Abschluß der außenpolitischen Debatte im Reichstag befaßte sich gestern auch die „Times“ in einem Leitartikel mit der, wie sie sagt, unerwarteten und mit großem Nachdruck und großer Offenheit durch Dr. Stresemann vorgebrachten Forderung auf baldige Zurückziehung der Besatzungstruppen aus dem Rheinland. Die „Times“ erkennt an, daß Stresemann, wenn er diese Frage angechnitten habe, kaum etwas anderes habe tun können, als auf einer baldigen Rheinlandräumung zu bestehen, wenn auch die Form seiner Argumente nicht in jeder Hinsicht verbindlich sei. Die Rede sei jedoch keine Herausforderung, sondern vielmehr eine Einladung dazu, Vereinbarungen zu treffen, durch die das Haupthindernis für eine deutsch-französische Verständigung beseitigt werden könnte. Zu der Beratung Stresemanns, Frankreich scheine zu vergessen, daß auch England den Locarno-Vertrag unterzeichnet habe und dadurch doch eigentlich das Sicherheitsgefühl Frankreichs gestärkt sein müsse, bemerkt die „Times“:

„Dah man auch in England manchmal das Gefühl habe, als ob die französische öffentliche Meinung sich noch nicht ganz klar darüber sei, in welchem Maße Großbritannien sich durch den Locarno-Vertrag gebunden habe.“

Tatsächlich sei der Zweck dieser britischen Garantie, die deutsch-französische Verständigung zu fördern, bereits weitgehend erreicht worden und trotz Enttäuschungen und scharfen Worten auf beiden Seiten sei eine gradweise Annäherung zu verzeichnen. Die „Times“ gibt zu, daß es absurd wäre zu behaupten, ein großer Teil der englischen Öffentlichkeit spräche sich für die Fortsetzung der Besatzung aus. Großbritannien habe durch die Friedensverträge gewisse Pflichten, und dies sei der Grund dafür, daß es eine kleine Armee im Rheinland belasse. Es handele sich für Frankreich nicht allein darum, die Rheinlandräumung solange hinauszuverschieben, bis die Verteidigung der französischen Grenzen vervollständigt sei, sondern die Besetzung sei für Frankreich unbedingt ein Vorteil, den aus der Hand zu geben, vom französischen Standpunkt aus, dumme wäre, solange Deutschland nicht irgendwelche wertvolle Zugeständnisse mache. Stresemann habe diesen Teil der französischen Einstellung offenbar erkannt und sich daher bereit erklärt, etwas zu geben, um ein gutes Geschäft zu machen. Die von der französischen Seite vertretene Ansicht, daß der deutsche Außenminister einer Uebervachung des Rheinlandes durch den Völkerbund bis zum Jahre 1935 zustimmen werde, sei weniger von Bedeutung als die Anregung, daß die Rheinlandfrage mit der grundsätzlichen Lösung der verbleibenden wirtschafts- und finanziellen Verpflichtungen verbunden werden könnte. Die „Times“ verweist auf den bereits eingetretenen bemerkenswerten Wechsel in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland und meint zum Schluß, daß, wenn Stresemann die Besetzung mit einer solchen Beweugung verbinde, er sich von der Politik in einer Sphäre begeben, in der bereits sehr viel getan worden sei, um eine Interessengemeinschaft zwischen Frankreich und Deutschland zu schaffen. Von Briands Antwort hänge die weitere Entwicklung ab.

Pertinax gegen die Rheinlandräumung

„Nur auf den Locarno-Geist kann Stresemann seine Forderungen stützen.“

Paris, 3. Februar. Im „Echo de Paris“ sucht Pertinax die juristischen Gründe für den deutschen Anspruch auf Rheinlandräumung zurückzuweisen. Bezüglich des Artikels 431 des Versailler Vertrages ist er der Ansicht, daß Deutschland seine Reparationsverpflichtungen nicht erfüllt habe, solange nicht die letzte Mark bezahlt sei. Die Erklärung Clemenceaus-Wilson-Plond George vom 16. Juni 1919, die ebenfalls von Deutschland angeführt werde, findet ihre Unterzeichner gegenüber Berlin überhaupt nicht.

Nur auf den Locarno-Geist könne Stresemann seine Forderungen stützen.

Allerdings hier mit bedeutend größerer Kraft. Die französische Regierung werde sicherlich bestreiten, daß das Problem der französischen Sicherheit durch die Locarno-Abmachungen gelöst sei, aber selbst, wenn der französische Außenminister erklären würde, Frankreich sei durch Locarno genügend geschützt, so seien doch die kleinen Staaten in Osteuropa dadurch noch nicht abgesichert.

Poincaré über die Finanzlage Frankreichs

Paris, 3. Februar. (Funkspruch.) Zu Beginn der gestrigen Nachmittags-Sitzung ergriff Ministerpräsident Poincaré das Wort zu seinen mit großer Spannung erwarteten Ausführungen über die finanzielle Lage Frankreichs.

Einleitend betonte Poincaré, daß er sich keineswegs den von den Interpellanten aufgeworfenen Fragen entziehen würde, daß er aber kein Wort sprechen werde, was die Politik der nationalen Einigung kompromittieren könnte.

Hierauf ging Poincaré zur Schilderung der durch seine Finanzpolitik bisher erzielten Ergebnisse über. Die Kammer habe das Budget für das laufende Jahr noch Ende Dezember vergangenen Jahres angenommen, womit die Periode der Unsicherheit endlich vorbei sei. Die Finanzjahr-Verständigen hätten eine Stabilisierung um jeden Preis und eine Ratifizierung der internationalen Schuldenabkommen verlangt. Er, Poincaré, habe aber Frankreich in keinerlei Abhängigkeit bringen wollen.

Hierauf wandte sich Poincaré dem Kapitel der in der letzten Zeit eingetretenen Erleichterungsmaßnahmen für die Steuerzahler zu.

England beantragt Revision des Washingtoner Achtstundenabkommens

Genf, 3. Febr. In der gestrigen Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes brachte der englische Regierungsdelegierte Besteron im Namen der englischen Regierung einen Antrag auf Revision des Washingtoner Achtstundenabkommens ein. Der Verwal-

Wie Briand den Paßt von Locarno auslegt!

Es handelt sich um ein Geschäft. — Der Senat spricht Briand das Vertrauen aus.

Paris, 3. Febr. (Funkspruch.) Gleichzeitig mit Poincaré, der in der Kammer finanzielle Fragen behandelte, sprach Außenminister Briand vor dem Senat über die Außenpolitik Frankreichs.

Die Rede Briands, der einen seiner besten Tage hatte, war von ungewöhnlichem rethorischem Schwung unterbrochen von heftigen Angriffen gegen seine Gegner, die vor ihm gesprochen hatten. Insbesondere Senator Cecard, der von dem militärischen Geist Deutschlands ein trübes Bild entworfen hatte, wurde von Briand aufs schärfste zurückgewiesen, ebenso Senator Hervé, der Briand die Phrasenhaftigkeit seiner Politik zum Vorwurf gemacht hatte.

Briand begann mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, jedes zwischen Deutschland und Frankreich noch bestehende Mißverständnis auszumergen.

Es sei notwendig, daß zwischen den beiden Staaten Erklärungen gewechselt würden. Er erklärte dabei, daß der Locarno-Vertrag im Rahmen des Versailler Vertrages abgeschlossen sei und daß diese Sicherheiten bei den Verhandlungen ausdrücklich festgelegt worden seien. Briand gab weiter der Ueberezeugung Ausdruck, daß, wenn man den Frieden wolle, man vor dem Worte „Frieden“ keine Angst haben dürfe, sondern von dem Frieden häufiger als von dem Kriege sprechen müsse. Früher habe die Parole gelaute: „Si vis pacem, para bellum!“ Die Geschichte hätte bewiesen, daß diese Parole nicht wirksam gewesen sei. Während des Krieges habe er — Briand — sich das Wort gelobt, daß er alles tun werde, um die Wiederholung eines Krieges zu vermeiden.

Man habe die Politik von Locarno kritisiert, ohne einen besseren Weg zu weisen. Heute wäre die politische Lage verworren, weil es nach einem derartigen Kriege schwierig sei, das Gleichgewicht wiederherzustellen. Seit einigen Jahren sei aber ein Fortschritt auf dem Wege zum Frieden zu verzeichnen. Im weiteren Verlauf seiner Rede wies Briand auf den Völkerbund hin, wobei er feststellte, daß dieser noch keine vollkommene Institution darstelle. Die Völker könnten heute nicht mehr in kriegerische Verwicklungen hineingezogen werden, ohne vorher Kenntnis hiervon zu erhalten. In dieser Beziehung wies Briand auf die Verdienste des Völkerbundes im einzelnen hin. Er unterrichtete vor allem die Wünsche, die Streitigkeiten zwischen Polen und Litauen zu regeln, und beglückwünschte es dazu, bei diesen Bemühungen Deutschland an seiner Seite gefunden zu haben.

Hierauf wandte sich Briand dem wichtigsten Teil seiner Rede,

der Antwort an Dr. Stresemann, zu.

Dr. Stresemann — so führte Briand aus — von dessen Loyalität er völlig überzeugt sei, verliere natürlich die Interessen seines Landes nicht aus dem Auge. Die Franzosen und Engländer handelten genau so, nur seien die Franzosen davon überzeugt, daß ihr Vertreter stets der dümmste sei. Dr. Stresemann sei ein positiver Geist. Wenn er sich in den Dilemmaten von Locarno ergebe, so hätte er die Gewohnheit, die Hände mehr zum Nehmen als zum Geben auszustrecken. Es sei notwendig, daß Deutschland sich davon Rechenschaft gebe, daß es noch manche Schwierigkeit zwischen den beiden Völkern geben werde, bevor ein gerechter Ausgleich ihrer gegenseitigen Interessen erfolgen könne.

Inzwischen habe die Reparationskommission den guten Willen Deutschlands anerkannt. Mit Deutschland sei ein Handelsvertrag abgeschlossen worden, der bereits glänzende Resultate gezeigt habe.

Sollte das nicht sein? — Viele Franzosen und Deutsche hätten hüben und drüben die friedliche Entspannung der Geister feststellen können. Ueber diese Tatsache dürfe man nicht hinwegsehen. Von den beiden Reden Stresemanns ziehe er die zweite vor. Die erste — sehr konziliant im Ton — habe Worte enthalten, die ihm nicht gefallen hätten.

Der Redner wandte sich hierauf gegen die Ausführun-

gen des Senators Cecard, die dieser über den militaristischen Geist Deutschlands gemacht habe. Die von Cecard mitgeteilten Tatsachen, unter denen sich viele falsche befänden, habe er Stresemann mitgeteilt. Man habe erklärt, daß General v. Seeckt von einem Geiste der Revanche befeelt gewesen sei. General v. Seeckt sei nicht mehr da. Auch der Reichswehrminister Gessler sei ersetzt worden. Sein Nachfolger sei — wenn er — Briand — richtig unterrichtet sei — gewiß, um die Reichswehr an die ihr angetheilten Aufgaben zu halten. Ein gewisser Erfolg, werde man vielleicht sagen. Man könne ihn sich vielleicht umfangreicher wünschen, aber er sei vorhanden.

Wörtlich führte Briand dann u. a. aus: „Dr. Stresemann hatte von Sendeleit gesprochen, wenn wir im Zusammenhang mit der Rheinlandräumung die Frage der Sicherheit berühren. Aber ich erwidere ihm: „Sie, Dr. Stresemann, behaupten, daß die Haltung Frankreichs Deutschland erwidrige. Ich habe sicherlich Vertrauen zu Ihnen. Aber morgen kann vielleicht die Partei des Herrn v. Freytag zur Macht kommen. Was wird dann geschehen? — Es steht fest, daß in der Partei des Herrn v. Freytag eine Wandlung in der Beurteilung der Locarno-Politik sich vollzogen hat. Aber es bleiben doch immer gewisse Dinge, die unsere Sorge um eine Sicherheitsgarantie rechtfertigen.“

Ich lasse nicht zu, daß man an der völligen Loyalität Frankreichs zweifle. Dr. Stresemann selbst hat anerkannt, daß bezüglich des Rheinlandes keine Verpflichtungen übernommen wurden. In Locarno habe ich erklärt, daß wir ohne Bedingungen unterzeichnen werden. Das weitere würden wir späterhin sehen.

Späterhin habe ich in meinem eigenen Namen und ohne meine Regierung damit zu binden, erklärt, daß der Vertrag von Locarno gewisse Wandlungen mit sich bringen würde, die ich versuchen würde, bei meiner Regierung durchzusetzen. Herr Stresemann hat erklärt, daß er alles erhalten hat, was versprochen wurde.

Die Rheinlandbesatzung hat ihren Charakter völlig gewandelt. Sicherlich bleibt sie für die Deutschen eine schmerzliche Angelegenheit.

Sie ist ein Hindernis für die Verwirklichung gewisser Wünsche. Als ob die Besetzung für uns ein Vergnügen sei! Die Behauptung Dr. Stresemanns, daß Deutschland nichts gewonnen hätte, ist falsch. Deutschland ist in den Völkerbund eingetreten. Es arbeitet mit den anderen Mächten zusammen. Es befindet sich in einer moralischen Situation, deren Bedeutung es nicht das Recht hat, zu leugnen. Gut! Ein deutscher Kanzler hat im Reichstag anerkannt, daß die elaf-lothringische Frage geregelt sei. England verfolgt seine eigenen Ziele. Daher hat auch Frankreich das Recht, an seine zu denken. Man kann es den Deutschen sehr wohl nachfühlen, daß sie sagen: Geht aus dem Rheinland und alles wird in Schuß kommen! Ich meinerseits muß mich weigern, die Dinge so einfach zu sehen. Im Rheinland steht nicht nur Frankreich, sondern die Alliierten, und Frankreich kann nicht allein entscheiden über die Fortdauer oder das Aufhören der Okkupation. Deutschland hat allein Forderungen zu stellen. Frankreich befindet sich in einer Solidarität, die nicht erlaubt, allein zu handeln.

Briand berührte dann kurz die Affäre vom Szent-Gott-hard.

Paris, 2. Febr. Der Senat hat im Anschluß an die Rede Briands mit allen gegen eine Stimme die Tagesordnung Marraud angenommen, in der es heißt: Der Senat spricht der Regierung das Vertrauen aus, daß sie immer mehr die Friedensgarantien verklärt, die Achtung vor den Verträgen aufrecht erhält und die nationale Sicherheit gewährleistet und billigt die Erklärungen des Ministers des Äußeren.

ungsrat des Arbeitsamts soll hiernach die Revision des Washingtoner Abkommens auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz von 1929 setzen.

Der Antrag der englischen Regierung hat in den Kreisen der internationalen Arbeitsorganisation größtes Aufsehen erregt und sofort zu vielfachen Erörterungen Anlaß gegeben, da er, wie aus der ausführlichen Begründung des englischen Delegierten hervorgeht, eine grundsätzliche Änderung der bisherigen Politik in der Arbeitszeitfrage bedeutet.

Eine englische Note an den Völkerverbund wegen der afrikanischen Mandatsverwaltung.

Genf, 3. Febr. (Funktspruch.) Im Völkerverbundsekretariat ist gestern eine Note des Londoner Foreign Office eingetroffen, die sich auf die Verwaltung des englischen Mandatsgebietes Tanganika (früher Deutsch-Ostafrika) bezieht. Die Mandatskommission des Völkerverbundes hatte auf ihrer letzten Tagung darauf hingewiesen, daß die gegebene Verwaltung in Tanganika in ihren Verhandlungen der Forderung nicht Rechnung getragen habe, daß Tanganika ein Völkerverbandsmandat darstelle. Die englische Regierung weist darauf hin, daß die gegebene Verwaltung in Tanganika sich in ihren Verhandlungen und Beratungen auf das grundlegende Statut von 1920 über die Regelung der Verhältnisse in Tanganika stützen müsse.

Fiasko der französisch-amerikanischen Weltfriedenspativverhandlungen

New York, 3. Februar. (Funktspruch.) Aus Washington wird gemeldet, daß nach Ansicht Washingtoner Regierungskreise mit der Unterzeichnung des neuen amerikanisch-französischen Schiedsgerichtsvertrages die Verhandlungen, die auf einen Weltfriedenspakt der Großmächte hinführen, endgültig als erledigt angesehen werden müssen. Der neue Schiedsgerichtsvertrag, der am Montag unterzeichnet wird, tritt automatisch anstelle des alten und drückt in seiner Einleitung lebhaft die Hoffnung beider Regierungen aus, daß der Tag kommen möge, an dem alle Regierungen sich zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten bereit erklären.

Deutscher Reichstag

Die Not des besetzten Gebietes.

Berlin 2. Februar.

Präsident Loeb eröffnet die Sitzung um 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Entscheidung über die Einprüche der kommunalistischen Abgeordneten Florin und Berg wegen ihres Ausschlusses von der Sitzung bei der letzten Justizausrede. Die Einprüche werden abgelehnt.

Der Gesetzentwurf über die Anrufung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag wird in dritter Lesung verabschiedet. Die zweite Beratung des Haushaltsplanes für 1928 wird dann fortgesetzt, und zwar mit dem Haushalt des Ministeriums für die besetzten Gebiete.

Abg. Witte (Soz.) erhebt Einspruch gegen die immer noch fortdauernde Besetzung des Rheinlandes die mit friedlicher Verhandlung nicht in Einklang stehe. Das Ministerium müsse auf möglichst schnelle Befreiung der Bevölkerung von den Leiden der Besetzung hinarbeiten. Die Verurteilungen wegen Uebertretung der Ordonnanzen seien entwürdigend. Der Redner weist darauf hin, daß die Arbeitslosenzahl im besetzten Gebiet um 30 bis 50 Prozent höher sei als im übrigen Deutschland. Die Bevölkerung des besetzten Gebietes unterliege die Erfüllungspolitik der Regierung.

Darauf nimmt Staatssekretär Schmed das Wort. — Er teilt zunächst mit, daß der Reichskanzler infolge Krankheit verhindert sei, den Etat selbst vor dem Reichstag zu vertreten. Die Regierung bemühe sich, den schweren wirtschaftlichen Druck, der auf der Bevölkerung der besetzten Gebiete lastet, zu mildern. Wünschenswert wäre es, wenn auch die Länder diesem Gebiet öffentliche Aufträge in größerem Maße zuwenden würden. Die Besatzungsvermindering habe zur Freigabe von 436 Wohnungen geführt, denen aber immer noch 8600 beschlagnahmte Wohnungen gegenüberstünden. Die französische Militärjustiz ziehe immer noch jährlich rund 1500 deutsche Bürger vor ihre Schranken, meist wegen Bagatelldelikten. Ueber 200 Anschuldigungen fremder Soldaten seien auch 1927 wieder zu verzeichnen gewesen. Der Staatssekretär geht dann auf den Kulturfond ein, der verstärkt werden solle, um den Fortbestand der Theater und Orchester zu sichern. Die Fahrentschädigung für die Saargänger solle weiter gewährt werden. Zu diesem Zweck seien weitere einhalb Millionen in den Etat eingestellt. Bis Ende des Monats werde das Reich auch die Mittel für den Grenzfond an die Länder verteilen. Die Entschädigungs-

regelung müsse endlich abgeschlossen werden. Für die Aufrechterhaltung der kleinen und mittleren Existenzen im besetzten Gebiet seien insgesamt Mittel in Höhe von 100 Millionen aufgewendet worden. Der Staatssekretär schließt mit der Hoffnung, daß die Besetzung möglichst bald ein Ende finde.

Abg. Dr. von Dreyander (Dn.) erklärt, der Limbourgprozess habe befreiend gewirkt. Die Separatistenpulsche seien von Frankreich geleitet und bezahlt worden. Der Redner lehnt Besprechungen auf Verschlagung Preußens und die rheinische Autonomie aufs schärfste ab. Dreieinhalb Millionen Deutsche ständen nun seit acht Jahren unter Kriegsrecht ohne Rechtsgarantien. Besondere Hilfe verdiene Aachen. Die Eupen-Malmédysfrage müsse in friedlichem Benehmen mit Belgien einmal ihre Lösung finden.

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (Str.) begründet eine Zentrumsentschließung, die die Reichsregierung ersucht, mit der Reichsbahnverwaltung darüber zu verhandeln, ob sich statt der bisherigen Saarkohlenabnahme von 90 000 Tonnen monatlich eine Erhöhung auf 225 000 Tonnen ermöglichen lasse, damit die von der Saargrubenverwaltung angekündigten Entlassungen und Fehlerschichten vermieden werden. In einer weiteren Entschließung wird die Reichsregierung ersucht, für die Saargänger im Falle ihrer Erwerbslosigkeit eine den Lebensnotwendigkeiten Rechnung tragende Erwerbslosenunterstützung zu gewähren. Die Verhältnisse im besetzten Gebiet seien eines freien Volkes unwürdig. Das müsse auch endlich im Auslande bekannt werden. Es gebe wenige Gebiete in Deutschland mit so großer Not wie die Pfalz und das Saargebiet. Unter dem Druck der Besetzung sei keine wirkliche Völkerverbündung möglich. Der Redner spricht die Hoffnung aus, daß endlich der Tag kommen möge, an dem wir keinen Etat für die besetzten Gebiete mehr brauchen.

Abg. Dr. Kalle (D. Sp.) erklärt, die französische Regierung zeige in ihrem Besetzungssystem einen unglücklichen Mangel an psychologischem Verständnis. Während Deutschland immer wieder, zuletzt durch den Abbruch des deutsch-französischen Handelsvertrages, die Hand zur Versöhnung gereicht habe, werde durch den Besatzungsdruck von Frankreich immer neue Verbitterung geschaffen.

Abg. Dr. Schilling (Dem.) weist darauf hin, daß der Versailles Vertrag nicht nur von Ungerechtigkeiten trotz, sondern auch in seinen technischen Bestimmungen durchaus schlecht sei. Die aus der Zeit des 30jährigen Krieges übernommene Besetzungsmethode sei einer seiner übelsten Bestandteile. Die Verknüpfung der Sicherheitsfrage mit der Besetzungsfrage müsse Deutschland ablehnen.

Abg. Weber-Düffeldorf (Komm.) kritisiert die Höhe der Verwaltungskosten des Stats, die 66 Prozent betragen, während nur 34 Prozent als Hilfe für die besetzten Gebiete in Frage kämen.

Abg. Dr. Jörissen (Wirtsch. Vgg.) fordert vor allem Steuererhöhung und Steuerniedererschlagung für alle die Existenzen, die sich kümmerlich während der Besetzung über Wasser gehalten hätten. Der Bau des Aachen-Rheinlands sei eine Lebensnotwendigkeit für das Aachener Kohlengebiet.

Abg. Dr. Bayerhöbner (B. Sp.) verweist besonders auf den unübersehbaren Schaden, den die Besetzung den Bädern und Kurorten im besetzten Gebiet zugefügt habe. Die Regierung müsse auch ihr Augenmerk auf das Problem der Schließplätze und Schließungen lenken. Scheinbar betrachte man das besetzte Gebiet für den Ernstfall als Aufmarschgelände.

Abg. Duesel (Soz.) verlangt eine stärkere Beteiligung des besetzten Gebietes an den ausgeworfenen Mitteln. Er begründet weiter einen Antrag, den Kulturkampf von drei auf vier Millionen Mark zu erhöhen.

Abg. Kube (Nat. soz.) erklärt, wenn man die außenpolitische Debatte mit ihren geschickten Deklamationen vergleiche, dann zeige sich, wie schnell auf die Festnachstimmung der Wochensitzung folge. Im übrigen sei gerade in Hessen wohl die Not nicht so groß, wenn es richtig sei, daß der hessische Staatspräsident neben seinen 24 000 Mark Gehalt noch eine Weihnachtshilfe von 4000 Mark erhalten habe.

Abg. Duesel (Soz.) verlangt eine stärkere Beteiligung präsidial habe weder eine Weihnachtshilfe verlangt noch erhalten. Es handle sich um einen Fond von 4000 Mark, der dem Staatspräsidenten vom Landtag bewilligt worden und lediglich zur Verringerung der großen Notlage der hessischen Bevölkerung verwendet worden sei.

Der Haushalt wird in der Ausschussfassung mit den Entschlüsselungen zu Gunsten des besetzten Gebietes angenommen. Ebenso werden die vom Abg. Hofmann begründeten Zentrumsentschließungen genehmigt, weiter eine soziale notkräftige Entschlüsselung, die Maßnahmen gegen die drohende

Entlassung von Bergarbeitern im Saargebiet fordert. Das Haus verlagert sich auf Dienstag 14 Uhr. — Novellen zum Mieterschutz- und Reichsmietengesetz. Schluß 16.15 Uhr.

Eine Ergänzungsentwurf der Reichsregierung wegen des Verwaltungsratspotens bei der Reichsbahn.

Berlin, 2. Februar. Der Reichskanzler hat dem Reichstag eine Ergänzung zu seiner Denkschrift über das Urteil des Staatsgerichtshofes wegen eines preussischen Mitgliedes im Verwaltungsrat der Reichsbahn zugehen lassen, in der er auf die inzwischen erschienene Denkschrift des preussischen Ministerpräsidenten Braun zu der gleichen Frage eingeht. Die preussische Denkschrift hatte sich darauf berufen, daß die Abmachung vom 25. März 1924 zwischen dem Reich und Preußen auch nach den erneuten Verhandlungen sowohl in Kraft bleiben sollte, als sie mit dem Dawesquotienten vereinbar sein würde. Hierzu gehörte insbesondere ein Nennungsrecht für Preußen, Bayern, Sachsen, für je eines der neun von der Reichsregierung zu ernennenden Verwaltungsratsmitglieder. Dem gegenüber betont der Reichskanzler in seiner neuen Denkschrift, die Reichsregierung habe bezüglich des künftigen Verwaltungsrats schon Anfang Mai 1924 in einer Besprechung mit den Ländern ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die diesbezüglichen Bestimmungen der früheren Vereinbarungen nicht mehr durchführbar sein werden. Diesen Standpunkt habe die Reichsregierung auch in der Folgezeit niemals verlassen. Der Reichskanzler beruft sich dafür auf die Vereinbarung mit Bayern vom 30. Juli 1924 und auf den Entwurf für eine Vereinbarung mit Preußen vom 21. August 1924, in dem es u. a. heißt: „Die Reichsregierung wird bei Ernennung eines der Mitglieder des Verwaltungsrates sich wegen der Auswahl der Persönlichkeit mit der preussischen Regierung verständigen, wobei der Personkreis, der für die Auswahl in Betracht kommt, sich in dem Gesamtrahmen der Verteilung der Plätze durch die Reichsregierung eingliedern muß. Dieser Entwurf sei zwar von Preußen nicht vollzogen worden, zeige aber mit aller Deutlichkeit, daß eine Uebereinkunft über das von der preussischen Regierung behauptete Nennungsrecht keineswegs erzielt worden sei. Auch bei der Ernennung des Geheimen Kommerzienrates Arnhold sei ein unbeschränktes Nennungsrecht Preußens nicht anerkannt worden. Arnhold sei von vornherein von der Reichsregierung in Aussicht genommen worden. Sobald nach dem Tode Arnholds die ererbte Verbindung mit Preußen gescheitert und dann die Rechtsfrage aufgetreten sei, habe die Reichsregierung einen Rechtsanspruch Preußens grundsätzlich bestritten. Im übrigen seien die preussischen Interessen genügend vertreten; denn von den neun Mitgliedern des Verwaltungsrates seien sieben preussischer Staatsangehörigkeit.“

Minister Koch über die Finanzlage der Reichsbahn

Berlin, 3. Febr. Der Haushaltsausschuss des Reichstages genehmigte gestern die Garantieübernahme für Vorkursaktien der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft durch das Reich. Reichsverkehrsminister Koch wies darauf hin,

daß die Finanzlage der Reichsbahn-Gesellschaft trotz der günstigen Einzelergebnisse von 1927 gespannt sei.

Die Betriebsrechnung 1927 schließt voraussichtlich mit einem reinen Ueberschuß von 180 Millionen ab. Dieser Reinerlös müsse jedoch neben dem bisher zurückgestellten Ueberschuß des Geschäftsjahres 1926 mit rund 168 Millionen zur Deckung der 1927 aufgewendeten Ausgabenbeiträge für die Verbesserung und Erweiterung der Eisenbahnanlagen verwendet werden, da Anleihemittel für diese Ausgaben nicht zur Verfügung gestanden hätten. Die Reichsbahn-Gesellschaft trete also ohne Reserven in das Jahr 1928 ein,

das mit Mehrausgaben von etwa dreihundert Millionen für den Dienst der Reparationsschuldverschreibungen und für Personalzwecke belastet sei.

In dieser Summe seien etwaige 1928 hinzukommende Ausgaben für Lohnerhöhung und Preissteigerung bei den Bedarfsgegenständen der Reichsbahn-Gesellschaft nicht berücksichtigt. Unter diesen Umständen habe sich leider eine starke Drosselung der Aufträge und Bestellungen an die Wirtschaft nicht vermeiden lassen.

Der Ausschuss legte dann die Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums fort. Der Berichterstatter Dr. Quaas (Dn.) erklärte: Die jetzige Grenzfondspolitik sei insofern falsch, als man mit dem Ausbau des Eisenbahn- und Begengetzes heute beginnen müsse. Der Redner empfahl weiter die

Einstellung von 665 000 Mark als Beihilfe des Reiches für den Bau der Rheinbrücken.

Das Bauprogramm des Reiches vernachlässigte das südliche Verkehrsnetz ebenso wie den Osten. Der schließliche Ausgleich für den Mittellandkanal werde noch große Opfer erfordern.

Sohr der Knecht ROMAN VON ARNO FRANZ

„Weil deine Mutti ein Unrecht nicht einsehen wollte und von mir verlangte ein Unrecht zu tun. Sie hat gewiß geglaubt, daß es kein Unrecht ist.“

„Was hat Mutti denn getan?“

„Danach mußt du sie selbst fragen, wenn du gesund bist. Vorher aber darfst du's nicht. Hörst du, Claus — vorher nicht fragen! Das will der liebe Gott so. — Wenn aber ein Mensch Unrecht tut, dann muß er das bekennen und bereuen und wieder gutzumachen suchen. Und wenn der Mensch es nicht tun will, dann straft ihn Gott am Liebsten, was der Mensch hat. — Und weißt du nun das Liebste bist, das deine Mutti hat, so straft er sie an dir. Deshalb liebt er dich krank werden.“

„Das ist garstig vom lieben Gott.“

„Nein, Claus, das ist klug von ihm. Nur so kann Gott deine stolze Mutti demütig machen.“

„Wenn aber Mutti nun nicht will, dann muß ich immer krank sein?“

„Nein, das mußt du nicht! — Wenn sich nämlich ein Mensch findet, Clausmann, den deine Mutti kennt und der dich sehr lieb hat und dieser Mensch sagt zu Gott: erleuchte die Mutti, daß sie ihr Unrecht erkennt und laß mich für den kleinen Claus leiden, dann tut Gott das, denn Gott ist gut. — Und sieh', das ist geschehen. Der Mensch, der das zu Gott gesagt hat, bin ich.“

„Du, Sohr?“

„Ja ich, mein lieber Junge.“

„D — nun mußt du krank werden.“

„Das muß ich nicht erst, Clausmann, das bin ich schon. Man sieht es nur nicht. — Ich hab' das Liebste und Beste was ich hatte — meinen Willen und meinen Stolz — für dich hingegeben. Und der liebe Gott hat das Opfer angenommen, denn er hat mich zu Dir geführt. — Glaubst du es nun, daß du nicht sterben mußt und bald wieder gesund wirst?“

„Ja, Sohr, ich glaube es.“ — Und der Kleine streckte die Arme nach ihm aus und sagte: „Komm' lieb haben.“

Lange hielt der Herrin Sohn den Freund umfaßt, dann machte sich Sohr behutjam frei.

„So, Clausmann, nun mach' ich dir einen Umschlag und dann schläfst du dich gesund. Ueber acht Tage ist Erntedankfest, da mußt du singen und springen können.“

Wortlos aber strahlenden Gesichtes ließ sich der kleine Mann in die kalten Tücher packen. Er tat keinen Muger. — Dann schüttelte ihm Sohr die Kissen auf und bettete ihn weich.

„Wie ein Königskind muß mein Clausmann liegen und träumen muß er vor der Mutti und den goldenen Sternlein, von Benzeln und Benzelaus und von Wister Flaws, dem neidischen, der jetzt alle Kammern von gestohlenem Gute voll hat.“

„Und von dir, Sohr,“ fiel Claus ein.

„Na — dann auch von mir, wenn es durchaus nicht anders geht. — Nun fang mal an damit. — Liegst du gut, mein Jong?“

„Fein,“ jagte Clausmann und streckte sich — das erste mal seit Tagen — wohligh auf seinem Lager. „Erzähl' mir was,“ bat er dann.

„Nein, Claus — du fragst so viel und sollst doch sein stille sein. Aber ich will dir was singen. — Soll ich?“

„Ja, Sohr — das Lied, das deine Mutti so gern hörte, von dem lieben süßen Engel.“

„Schön, das werd' ich singen.“

Er nahm die Laute von der Wand, die dort seit Carla Radens ersten Ehegatten unberührt am Nagel hing, stimmte sie und begann Abt's: „Schlaf' wohl, du süßer Engel du.“

„Kings Stille herrscht, es schweigt der Wald, Vollenbet ist des Tages Lauf, Der Böglein Lied ist längst verhallt, Am Himmel ziehen Sterne auf.“

Ob du auch heut' an mich gedachst? Ich dach' an dich wohl für und für Und ruhe jetzt dir „gute Nacht!“ Verborgen still vor deiner Tür.

Es schwebte aus des Himmels Raum

Ein heil'ger Bote dir zur Nacht Und bringe dir den schönsten Traum, Bis du zum Morgen neu erwacht.

Schlaf wohl und schließ' die schönen Augen zu, Schlafe wohl, du süßer lieber Engel du!

So sang er einmal und noch einmal und als er zum drittenmale begann — war Claus eingeschlafen. Leise erhob sich Sohr und leiser noch hing er das Instrument an seinen Nagel.

Als er sich zum Gehen wendete, erblickte er in der Tür zum Nebenzimmer Frau Raden. Bleich, den Kopf geneigt und mit über der Brust gefalteten Händen stand sie dort.

Sie hatte jedes Wort gehört, das Sohr und ihr Junge gesprochen hatten und mit ihr hatten es ihr Schwager und Doktor Steinig gehört, die sich — unmerklich für Sohr — im Nebenzimmer befanden.

War das ein Knecht, der da draußen gesprochen und war es ein Knabe, der ihm geantwortet hatte?! — War das nicht vielmehr gewesen, als habe ein Freund den Freund am Herzen gehalten oder ein Vater den Sohn. War da nicht Liebe getauscht worden, grenzenlose — gegen ebenfolches Vertrauen! Ein Wunder war es gewesen, wie es die Menschen nur schauen, wenn ihnen ein gültiges Geschick einen Feiertag schenkt.

Impulsiv denn auch hatte Dr. Steinig Frau Raden die Hand gedrückt wohl zehnmal, ihr zugenickt und gestillert: „Nun wird er gesund — Er wird gesund, gnädige Frau. — Der hat ihn gesund gemacht. — Der Glaube verfest Berge und bann selbst den Tag.“

Und der rauhe Raden hatte sich eine Träne von den verwiterten Wangen gemischt, als die Worte fielen: „Ich habe meinen Willen und meinen Stolz für dich dahingegeben.“ —

„D ja, jetzt verstand er ihn ganz, verstand sein: „Biel verlangen Sie von mir,“ verstand sein Jögern und sein müdes, schweres Zustimmen. — Seinen Willen und seinen Stolz, das war das Größte, was ein Mann zu geben hatte.

Und Frau Raden? — Die ward zwischen Jubel und Verzweiflung hin und her gejagt, um zwischen Saugchen und Weinen neugeboren zu werden.

Eine Industrieschleppbahn sei für Oberschlesien notwendig. Der Redner erklärte weiter, daß er nicht sehe, wie man alle die geplanten Kanalprojekte durchführen könne.

Die süddeutsche Landwirtschaft

beim Vizekanzler.

Berlin, 1. Febr. Unter dem Vorsitz des Vizekanzlers Hergt, der den erkrankten Reichskanzler vertrat, fand heute vormittag in der Reichskanzlei im Beisein der Reichsminister Schiele, Dr. Curtius, Dr. Brauns, sowie eines Vertreters des Reichsfinanzministers ein Empfang der Führer der gesamten landwirtschaftlichen Organisationen Süddeutschlands statt.

Gegen die Splitterparteien.

Wahlgesehänderung noch vor der Neuwahl.

Nachdem die Regierungsparteien im Reichstag mit dem Reichsinnenminister Dr. v. Kneubell über die Maßnahmen beraten hatten, die im Kampfe gegen die Bildung von Splitterparteien anzuwenden wären, haben abermals Besprechungen der Führer aller Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der Kommunisten und Volkslisten über das gleiche Thema stattgefunden.

Abelung heffischer Staatspräsident?

Darmstadt, 3. Febr. Parteioffiziell wurde gestern bekannt, daß die beiden sozialdemokratischen Mitglieder der heffischen Regierung, Staatspräsident Ulrich und Arbeits- und Wirtschaftsinminister Naab, eine Wiederübernahme ihrer Ämter abgelehnt haben.

Das Urteil im Schred-Prozess

Leipzig, 3. Febr. Der Dokumentenfälscherprozess gegen Schred und Genossen ist nach fast vierwöchiger Verhandlung vor dem V. Strafsenat des Reichsgerichts durch folgendes Urteil beendet worden:

Der angeklagte Landwirt Anton Schred wird wegen Verbrechen gegen §§ 207 und 168 Absatz 1 des Reichsstrafgesetzbuches und wegen Betrags militärischer Geheimnisse zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Schlechte Aussichten für die Rückgabe deutschen Eigentums in Amerika

Berlin, 3. Febr. (Zuspruch.) In unterrichteten Berliner Kreisen weist man darauf hin, daß trotz der positiven Beschlüsse der amerikanischen Senatskommission zur Freigabe des deutschen Eigentums ein übermäßiger Optimismus nicht am Platze sei.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 2. Febr. (Konzert.) In einem großen, von über 400 Personen besuchten Konzert des Orchestervereins Durlach wirkte neben Frau Margarete Esche, deren Gemahl, Herr Dr. Esche, den Sinsheimern als Sohn des verstorbenen Direktors der Kreispflegeanstalt wohl bekannt ist, Herr Musiklehrer A. Bauff als Violinist mit sehr großem Erfolg mit.

trag. Sein Spiel riß mit und begeisterte die Herzen aller. Durlach ist stolz auf diesen einheimischen Künstler und hofft ihn noch recht oft in seinen Mauern zu hören.

Sinsheim, 2. Febr. (Der deutsche Kavallerietag verschoben) Der für den 9. mit 11. Juni 1928 in Würzburg vorgesehene erste deutsche Kavallerietag, der alle ehemaligen Angehörigen der deutschen Kavallerie erfassen sollte, wird verlegt werden, da an den vorgenannten Tagen der zweite westdeutsche Kavallerietag in Fulda stattfindet.

Sinsheim, 3. Febr. (Aus der badischen Landeskirche.) Die Karfreitagsskollekte des letzten Jahres, die zum Besten des Melanchthonvereins für evangelische Schülervereine erhoben wurde, ergab die Summe von 2175 RM. Die am Konfirmationstag 1927 erhobene Kollekte zum Besten der Badischen Landesbibelgesellschaft hatte zum Ergebnis den Betrag von 16984 RM.

Sinsheim, 3. Febr. (Aus der Erzdiözese.) Für die Erzdiözese Freiburg wird ein neues Rituale herausgegeben. Dasselbe nennt sich: „Supplementum ad Rituale Romanum pro Archidieoes Freiburgensi“ (Ergänzung zum römischen Rituale für die Erzdiözese Freiburg) und wurde am 23. November 1927 von der Ritenkongregation in Rom approbiert.

Sinsheim, 3. Febr. (Zulassung von Klapp-Postkarten.) Nach einer Verfügung des Reichspostministeriums werden zur offenen Versendung gegen die Postkartengebühr im innerdeutschen Verkehr versuchsweise auch Postkarten zugelassen, die mit einer am unteren Rande anhängenden, für die Anschrift bestimmten Klappe versehen sind, die nicht der ganzen Fläche nach ausgeklappt ist, sondern durch Einschleiben von drei Zapfen unter eine über die Vorderseite der Karte geklebte Leiste festgehalten wird.

Eichelbronn, 2. Febr. (Briefstaudenausstellung.) Am 5. Februar ds. Js. veranstaltet die Reiservereinigung „Elsenzgau“ eine in Sinsheim, eine Briefstaudenausstellung im Gasthaus zum Löwen in Eichelbronn. Es kommen ca. 200 bestgereifte Tauben zur Schau, darunter auch solche die sich an einem Preisfliegen von 600 Km. mit Erfolg beteiligt haben.

Heidelberg, 2. Febr. (Auffindung eines römischen Ziegelofens.) Wie uns mitgeteilt wird, hat man gestern bei den Erdarbeiten im Bereich der Neuen Brücke, die schon vor einigen Monaten zur Aufschneidung bemalter Mauerreste einer Römervilla führten, aufs neue einen sehr hochbedeutungsvollen Fund aus der Römerzeit gemacht.

Kellingen, 2. Febr. (Die Ehefrau erschossen.) Gestern abend halb 9 Uhr ereignete sich hier ein schmerzhaftes Unglück. Der Maurer Georg Dagenbach erschoss seine Ehefrau mit einem Revolver. Die Kugel drang in das linke Auge und verletzte die Frau so schwer, daß der Tod nach einer Stunde eintrat.

Pforzheim, 3. Febr. (Brand.) Gestern nacht brach in dem am dem Waldweg, 100 Meter über Pforzheim gelegenen Anwesen des ehemaligen Cafés Grimm in einem angebauten Schuppen auf noch unaufgeklärte Weise Feuer aus, welches bald darauf auch den Dachstuhl des Wohnhauses ergriff, so daß der Schuppen und der Dachstuhl vollständig dem Flammen zum Opfer fielen.

Moosbrunn, 3. Februar. (Auftreten von Wildschweinen.) In der letzten Zeit sind in diesem Gebiet die Wildschweine aufgetreten und haben durch Aufwühlen der Acker großen Schaden angerichtet, u. a. wurden etwa zehn Acker schönen jungen Korn total vernichtet.

Oberhessheim, 3. Februar. (Erbtötung.) Der 60jährige verheiratete, kinderlose Maurermeister Wendelin Fiedle, ein fleißiger, geachteter Mann, erkrankte sich gestern morgen früh in seiner Scheune. Fiedle ist schon seit längerer Zeit geistig nicht mehr normal und hat die Tat ohne Zweifel in unzureichendem Zustand vollbracht.

Jell-Weierbach, 3. Februar. (Diamantene Hochzeit.) Am 11. d. Mts. feiern die Eheleute Reimann Josef Schmidt und Brigitte das Fest der diamantenen Hochzeit. Ersterer ist 1840 letztere 1842 geboren. Es sind die Eltern des derzeitigen Bürgermeisters Schmidt.

Vörrach, 3. Februar. (Kurzschluß im Bundesbahnhof.) Im schweizerischen Bundesbahnhof zu Basel verunglückte am Donnerstag morgen eine elektrische Lokomotive mit dem Wagen in der Fahrleitung, so daß ein Kurzschluß entstand, wodurch der Bahnhof für ein- und ausfahrende Züge blockiert wurde.

Der Einbruch in der Jesuitenkirche vor Gericht.

Mannheim, 3. Febr. Vorgestern hatte sich der im Jahre 1903 in Linz (Oesterreich) geborene Elektrotechniker Franz Gahn wegen des in der Nacht auf den 18. Dezember 1927 in der hiesigen Jesuitenkirche verübten Einbruchdiebstahls zu verantworten. Gahn hatte in der fraglichen Nacht in einem Dolchmesser bewaffnet in der Jesuitenkirche sich hinten einem Beichtstuhl versteckt, aus einem Vorrat der Kirche zwei Meißel und zwei Mauerhaken entwendet, um durch Einbruch der Tür in den Verwahrungsraum der Kirchengelände zu gelangen.

Gahn gehört zu den „geriffenen“ Schwerverbrechern und weist ein großes Strafregister auf. Der Antrag des Staatsanwalts, der die ungläubliche Verkommenheit des Angeklagten, der sich wie ein unbeschränktes Blatt und als ein harmloser Mensch sich hinzustellen bemüht hat, verurteilte, lautete auf 1 Jahr und 6 Monate Zuchthaus. Das Gericht erkannte auf die gleiche Höhe der Zuchthausstrafe.

100-Millionenbetrag beim Wiener Elektrizitätswerk. Wien, 3. Febr. Bei der Kasse der Kulturvereinigung der

Wiener städtischen Elektrizitätswerke wurde ein Fehlbetrag von 100 Millionen Kronen festgestellt. Es ist dies, wie die „Reichspost“ berichtet, schon der zweite große Betrag, denn auch vor zwei Jahren wurde die Betriebskasse des Elektrizitätswerkes durch drei Betriebsräte ausgeräumt und den Angeklagten des Verbetes dadurch ein Schaden von einigen 100 Millionen Kronen zugefügt.

Schneeüberdeckungen in Norwegen.

Oslo, 3. Febr. Ueber Norwegen sind in den letzten Tagen ungeheure Schneemassen niedergegangen. Der Verkehr in den Straßen Oslo ist fast unmöglich und eine ganze Reihe von Menschen sind durch die von den Dächern herabstürzenden Schneemassen verletzt worden. An nicht weniger als 1800 Stellen ist das Telephonnetz gerissen. Bei Moss drückte der Schnee einen 40 Meter langen Schuppen ein und zerstörte dabei 30 bis 40 Motorboote.

Neue Bluttat des Posträubers Hein

Vor der Verhaftung?

Coburg, 3. Februar. Gestern vormittag gegen 9 Uhr machte der Stationskommandant Scheler in Unterfieraun einen Rundgang. Als er kurz vor dem Dorf einen verdächtigen Menschen antraf, rief er sofort von seinem Fahrrad, um ihn zu identifizieren. Im selben Augenblick gab der Verdächtige eine Anzahl Schüsse auf den Beamten ab und verletzte ihn derart schwer, daß er kurz darauf verstarb. Die Gendarmerie und Landespolizei sind sofort aufgesessen worden, um nach dem Mörder zu fahnden, der in der Richtung nach Vichtenfels geflohen ist.

Ein zweiter Gendarmeriebeamter aus Unterfieraun nahm sofort die Verfolgung des Mörders des Stationskommandanten von Unterfieraun auf und gab mehrere Schüsse auf ihn ab, die von dem Mörder erwidert wurden. Der Beamte mußte jedoch die Verfolgung aufgeben, da ihm die Munition ausging. Der Mörder — es bestehen kaum noch Zweifel, daß es sich tatsächlich um Hein handelt — kann sich nur im Bangen Wald in der Nähe Vichtenfels aufhalten, so daß man mit seiner alsbaldigen Verhaftung rechnen kann. Die Landespolizei von Bamberg wurde alarmiert.

Eine sechs-köpfige Familie verbrannt.

Philadelphia, 2. Febr. Bei dem Brande eines Wohnhauses in West-Philadelphia kamen in dem Flammen sechs Personen, ein Ehepaar und vier Kinder im Alter von zwei bis acht Jahren, die im Schlafe von dem Brande überrascht wurden, um. Ein fünftes Kind konnte gerettet werden. Es hat Brandwunden davongetragen. Das Haus wurde durch das Feuer vollständig zerstört. Man nimmt an, daß der Brand durch Explosion eines Petroleumofens verursacht worden ist.

Marktberichte.

Mannheimer Produktenbörse.

Infolge der schwachen Konsumnachfrage und des andauernd unbefriedigenden Mehlabrufes verkehrte die Börse in ruhiger Haltung. Man nannte gegen 12 1/2 Uhr im offiziellen Verkehr:

Weizen inländischen mit 25,00 bis 25,50 RM., ausländischen mit 28,25 bis 31,00 RM., Roggen inländischer mit 25,50 bis 25,75 RM., ausländischen mit 26,00 RM., Hafer inländischen mit 23,00 bis 24,85 RM., ausländischen mit 24,50 bis 26,00 RM.

Brangerite, badische, heffische und württembergische mit 29-29,50 RM., pälzische Gerste mit 29,50 bis 31,25 RM., ausländische Gerste mit 31 bis 35 RM., Futtermittel mit 22,50 bis 23,50 RM., Mais mit Saft mit 22 RM.

Süddeutsches Weizenmehl Spezial 0 mit 36,75 bis 37,00 RM., süddeutsches Roggenmehl mit 34,25 bis 36,25 RM., Weizenkleier mit 14,00 bis 14,25 RM., Bierreber mit Saft mit 17,75 bis 18,25 RM., alles per 100 Kilo wagonfrei Mannheim.

Mannheim, 2. Februar. Kleinviehmarkt. Es waren zugeführt und wurden die 50 Kg. Lebendgewicht je nach Klasse gehandelt: 151 Kälber 38-72, 13 Schafe 42-48, 188 Schweine 54-60, 892 Ferkel und Läufer, Ferkel bis 9 Wochen 11-14, über 4 Wochen 15-20, Läufer 21-25 Nm. Marktverlauf: Kälber ruhig, langsam geräumt; Schweine mittelmäßig, ausverkauft; Ferkel und Läufer mittelmäßig.

Neueste amtliche Kurse

mitgeteilt von der Vereinsbank, e. G. m. b. H. Sinsheim

vom 3. Februar 1928.

Table with multiple columns listing various financial data including Anleihen, Bankaktie, Bergwerks-Aktien, Aktien Deutsche, and Aktien Industrie-Unternehmungen.

Radio-Programm

für Samstag, den 4. Februar 1928.

- Berlin (483), Königsmusterhausen (1250), 20.30 Uhr: „Das Band“, Trauerspiel v. A. Strindberg. Uebertragung a. d. Wellenbad im Luna-Park. 22.00 Uhr: Wasserballspiel. Darauf: Funktanzstunde. Breslau (322), 20.10 Uhr: Hallo! Hier Belle Erdball. 21.10 Uhr: Wunschnacht. 22.30 Uhr: Uebertragung v. Berlin. 23.00 Uhr: Tanzmusik. Frankfurt (428), 13.00 Uhr: Mittagstündchen. 15.30 Uhr: Die Jugendstunde. 16.30 Uhr: Konzert, Mendelssohn. 17.47 Uhr: Die Lesestunde. 18.30 Uhr: Der Briefkasten. 19.02 Uhr: Vorträge. 20.15 Uhr: Robert-Koppel-Abend. 22.30 Uhr: Uebertragung v. Berlin. Hamburg (374), 20.00 Uhr: Rundfunk-Variete. Anschl. Uebertragung d. Konzerts a. d. Restaurant Ostermann. 23.30 Uhr: Tanzfunk. Köln (283), Langenberg (468), 20.15 Uhr: Lustiger Abend. Anschl. Nachtmusik und Tanz. Königsberg (329), 20.00 Uhr: „Charmen“, Oper, Musik v. G. Bizet.

Leipzig (365), 20.15 Uhr: Lustiger Abend. 22.15 Uhr: Tanzmusik.
 München (535), 19.30 Uhr: Heiterer Abend. 22.20 Uhr: Tanzmusik.
 Stuttgart (379), 12.30 Uhr: Schallplattenkonzert. 14.00 Uhr: Jugendstunde. 15.00 Uhr: Unterhaltungskonzert. Aus heiteren Opern und Operetten. 18.15 Uhr: Vorträge. 20.15 Uhr: Uebertragung v. Frankfurt. 22.30 Uhr: Uebertragung v. Berlin. 23.00 Uhr: Tanzmusik.
 Coventry-Experimental (491), 21.00 Uhr: Tanzmusik. 23.20 Uhr: Kammermusik.
 Coventry (1600), London (361), 1.15 Uhr: Kurzer Gottesdienst. 14.00 Uhr: Oktettkonzert. 17.15 Uhr: Tanzmusik. 18.15 Uhr: Kinderstunde. 19.00 Uhr: Balladenkonzert. 20.15 Uhr: Moderne französische Klavierwerke. 20.45 Uhr: Militärorchesterkonzert. 22.35 Uhr: Bunter Abend. 23.30 Uhr: Tanzmusik.
 Paris (1750), 13.30 Uhr: Die Teufels Jazzband. 16.40 Uhr: Tanzmusik. 21.30 Uhr: Bunter Abend.

Wien (517), 19.30 Uhr: Uebertragung a. d. Musikvereinsaal des deutschen Volksgefangereins: Joh. Strauß. 21.30 Uhr: Volkslieder-Abend.
 Zürich (588), 20.00 Uhr: Konzert des Zithertrios Holz. 20.20 Uhr: Hörspiel „Freien Bühne“. 22.10 Uhr: Schallplattenkonzert.

Radio-Vertrieb
E. Schick, Uhrmachermeister, Sinsheim a. G.
 Dr. Seicht-Vertreter - Lager in Telefunken-Röhren, Knoben, Batterien - Schallplatten-Gesellschaften, Radio-Akkumulatoren-Stationen. - Telefon 219.
Radio-Literatur, Programm-Zeitschriften bei J. Doll, Buchhdlg., Sinsheim.

Turnen, Sport und Spiel.

Arbeitersportbewegung.
 Die freie Sportabteilung des Arbeitergefangereins Volkschor weite am Sonntag 29. Jan. in Reimen zum Freundschaftsspiel Die 1. Mannschaft verlor 5:1, die 2. Mannschaft 8:1. Das

Spiel an sich nicht ganz befriedigend. Schiedsrichter einwandfrei. Am Sonntag, den 5. Febr. findet auf dem städtischen Sportplatz hier das Verbandsspiel Sinsheim 1 gegen Dohringen 1 statt. Spielbeginn halb 3 Uhr. Gewinnt Sinsheim das Spiel, so haben sie 2 Punkt Vorsprung. Das letzte Serienpiel findet dann in Eppingen am 19. Febr. um die Meisterschaft statt. Es ist also ein spannend-interessantes Spiel zu erwarten. Frei Heil!

Wetterbericht.

Karlsruhe, 2. Febr. Der Sturmwind ist in nordöstlicher Richtung weitergezogen. Sein Kern liegt heute vor der norwegischen Küste. Die Warmluft auf der Vorderseite des Wirbels hat auch uns leichte Erwärmung um etwa drei Grad und stellenweise erhebliche Niederschläge gebracht. Im Gebirge sind bei leichtem Frost bis über 20 Zentimeter Neuschnee gefallen. Im Westen folgt rascher Druckanstieg und Aufbebung, die jedoch mit Rücksicht auf einen neuen westlich England nachrückenden Wirbel nicht von langer Dauer sein wird.

Wahl der Versicherungsvertreter als Beisitzer der Versicherungsämter.

Nach Artikel I der Uebergangsbestimmungen zum Gesetz vom 8. April 1927 (Reichsgesetzblatt I Seite 95) endete mit dem Schluß des Jahres 1927 die Amtsdauer der gegenwärtigen Versicherungsvertreter als Beisitzer der Versicherungsämter. Es sind daher Neuwahlen vorzunehmen. Die Wahlzeit ist von 4 auf 5 Jahre verlängert worden; die nächste Wahlzeit endet also mit dem Schluß des Jahres 1932.

Wahlberechtigt sind die **Ausgleichsmitglieder** der Krankenkassen.
 Die Krankenkassen mit dem Sitz außerhalb des Bezirks des Versicherungsamtes nehmen an der Wahl nur teil, wenn sie ihre Beteiligung dem Wahlleiter rechtzeitig anmelden und die Zahl ihrer Mitglieder im Bezirk des Versicherungsamtes nachweisen.
 Die in Betracht kommenden Krankenkassen werden hiermit aufgefordert, bis spätestens

10. Februar 1928

ihre Beteiligung an der Wahl anzumelden und die Zahl ihrer nach § 2 Absatz 2 der Wahlordnung für die Wahl der Versicherungsvertreter als Beisitzer der Versicherungsämter vom 7. Januar 1928 (Ges. B. D. Bl. 1928 Seite 23 ff) anrechnungsfähigen Kassenmitglieder nachzuweisen.
 Die Festsetzung der Stimmenzahl der einzelnen Kassen erfolgt am **11. Februar 1928**. Auf den gleichen Zeitpunkt wollen die Ausgleichsmitglieder der Kasse mit genauer Anschrift mitgeteilt werden.

Sinsheim, den 30. Januar 1928.
Ob. Bezirksamt. Versicherungsamt.
 Der Wahlleiter.
 Strack.

AUTO Gelegenheitskäufe

- 1 Opel 4 PS 4 Sitzer RM. 1.300.-
 - 1 Opel 4 PS 4 Sitzer Limousine RM. 1.400.-
 - 1 Opel 4 PS 4 Sitzer Limousine fast neu mit Fabrikgarantie RM. 3.250.-
 - 1 Opel 10/40 PS Limousine, 4 türlich fast neu mit Fabrikgarantie RM. 4.900.-
 - 1 Bugatti 6/30 PS 4 Sitzer Sport mit Aufsatz RM. 3.000.-
 - 1 Benz 10/30 PS 4 Sitzer m. Aufsatz RM. 2.000.-
 - 1 Peugeot 2 Sitzer RM. 850.-
 - 1 Peugeot Pritschenwagen 1/2 To. Tragkraft RM. 800.-
 - 1 N. A. G. 12/32 PS für Lieferwagen geeignet RM. 800.-
 - 1 Fiat 4/20 PS 4 Sitzer, hochelegant, kaum gefahren, versteuert, mit allen schickanen RM. 3.400.-
 - 1 Opel 4 PS 4 Sitzer Limousine fast neu, wenig gefahren, versteuert RM. 3.000.-
- Sämtliche Wagen sind gebraucht, einwandfrei, fahrfertig.

HAUSSMANN
 G. m. b. H.
 Heidelberg, Rohrbacherstr. 83 Tel. 2508

Der verehrl. Einwohnerschaft von Sinsheim und Umgebung geben wir hiermit bekannt, daß sich unser Geschäft ab heute **Eisenbahnstr. Nr. 447** befindet.
Gebrüder Krell.

HAMBURG-AMERIKA LINIE



ÜBERSEEREISEN
 nach allen Häfen der Welt
 Regelmäßige Personen- und Frachtdienste
 Vergnügungs- und Erholungsreisen zur See
 Mittelmeers- und Orientfahrten
 Nordlandfahrten
 Reisen um die Welt
 Westindienfahrten

Auskünfte und Prospekte kostenlos durch die **HAMBURG-AMERIKA LINIE**
HAMBURG 1 / Alsterdamm 25
 und die Reisebüros und Vertretungen an allen größeren Plätzen des In- und Auslandes
 Vertretung in
Sinsheim i/B. Herm. Betsch
 Hauptstraße 304.

Nuß- u. Brennholzversteigerung des Forstamts Neckar-Schwarzach.

Dienstag, den 7. Februar morgens 10 Uhr in der Wirtschaft z. „Löwen“ in Schwanheim aus **Distr. IV. Stolzenack** Abt. 1. 2. 4. 6. 7. 8. 10. 12: Stämme: 2 Eichen IV. 3 Fichten IV. u. V. Brennholz: 224 Ster Scheiter, 269 Ster Prügel (meist buch.) 113 Ster Laubreisprügel. Aus den Distrikten Hanfenwiese, Salzlackenhof und Wachenhof 30 Ster Scheiter und Prügel meist Nadelh. und 71 Ster Laubreisprügel. Vorzeiger Forstamtsrätter Pfisterer in Schwanheim.

Bei Neuanlage von Amerikanerreiben

empfehle ich weiße, verbesserte amerik. Würzlinge (Kocher Züchtung). Originalware trifft Mitte Februar bei mir ein.
Schwab „Döfen“ Steinsfurt.

Noch 3 Tage

nur, und eine der günstigsten Kaufgelegenheiten des Jahres ist vorüber.

Unsere

Werbe-Tage

für

Herrn-Anzüge

zum Einheitspreis von

49 Mark

endigen am **Montag, den 6. Februar**, abends 7 Uhr.

Der Preis von 49 Mark tritt nach dieser Zeit außer Kraft.

Stern & Co.

Hauptstraße 90 Heidelberg Hauptstraße 90
 Größtes Spezialhaus für Herren- und Knabenbekleidung.

Zur Frühjahrsbestellung

empfehle ich:
Apfel-, Birn-, Hoch- und Halbstämme in Sorten wie Boskop Rambour, hochstämmige Johannis-, Stachel- und Himbeeren, für Friedhofsbepflanzung alle Lebensbaumarten ferner Schlingrosen.
 Baumschule
Oskar Bauer, Grombach.

Harmonium

gebraucht, preiswert zu verkaufen
Karl Hochstein
 Heidelberg, Hauptstr. 73

Ohne



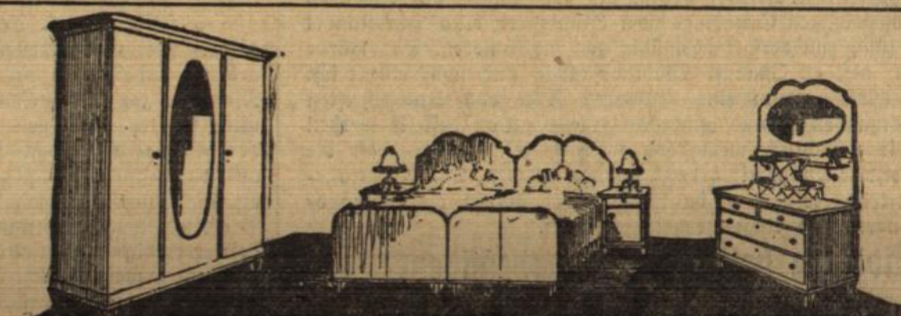
Reklame keine **Einnahme!**

Weißer Woche

Morgen Samstag letzter Tag

E. Speiser

Sinsheim.



billige **Schlafzimmer 595** Mark
 Eiche geb m Glas u. Marmor
 Änderung vorbehalten
 billiger **C. S. F. Landes-Möbel** C.M. B.N.

Heidelberg, Hauptstraße 42

Für Konfirmation u. Kommunion

empfehle ich:

Schwarze und farbige Lindener Samte
 Schwarze und farbige Popeline usw.
 Elfenbeinfarbige Wollbatiste, Cachemir

Schweizer Vollvoile

Seidenstoffe in großer Auswahl

M. Schneider

Hauptstr. 84.

Heidelberg

Hauptstr. 84.

Verhont von Knochenkrankheiten



bleibt Ihr Vieh bei regelmäßiger Beifütterung v. **B. Brodmanns** gewürztem Futterkalk „**Zwergermark**“ (Mischung). - Die Qualität macht's. Nur echt in Orig.-Pack. - nie löse! Da Fällung im Handel, achte man b. Einkauf genau auf Schutzmarke u. Firma des alleinigen Fabrikanten.
B. Brodmann Ch. m. Fabr. m. b. H., Leipzig-Eut. 83 e.
 Zu haben:
 In Sinsheim in der **Richard Wagner-Druckerei.**
Brodmanns Vieh-Behertran-Emulsion „Osteosan“ beseitigt Verdauungsstörungen! Wirkt sicher!